

Holger Weidemann

Kommunale Selbstverwaltung 45

Abhandlungen

Frank Bätge

Entwicklungen im Kommunalwahlrecht 47

Das Kommunalwahlrecht ist die zentrale Verfahrensgrundlage für die Sicherstellung der demokratischen Legitimation der von den Bürgern gewählten Kommunalorgane. Die Ausgestaltung des kommunalen Wahlrechts ebenso wie das allgemeine Kommunalrecht ist Angelegenheit der Landesgesetzgeber.

In diesem Beitrag werden einige wesentliche Fragestellungen der Ausgestaltung und Anwendung des Kommunalwahlrechts näher betrachtet. Eingegangen wird u. a. auf Wahlsysteme, die Einteilung des Wahlgebietes, Wählbarkeit und Zulassung der Wahlvorschläge, Wahlrecht und Führung der Wählerverzeichnisse, Organisation der Briefwahl, Wahlkampf, Organisation des Wahltages und Wahlergebnisermittlung sowie auf die Wahlprüfung.

Mick Bergener

Die Entscheidung über die Zulässigkeit von Bürgerbegehren – Rechtswirkungen, Rechtsnatur und statthafte Klageart. . . 52

Im Mittelpunkt des Beitrags steht die dogmatische Einordnung der vom Hauptausschuss ergehenden Entscheidung über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens in Niedersachsen. Der Beitrag betrachtet die rechtlichen Wirkungen der Zulässigkeitsentscheidung für Vertretungsberechtigte und Kommune. Es wird der in der Literatur und Rechtsprechung umstrittenen Frage nachgegangen, welche Klageart statthaft ist, um sich gegen eine ablehnende Zulässigkeitsentscheidung zur Wehr zu setzen. Dies hängt maßgeblich davon ab, ob es sich hierbei um einen Verwaltungsakt handelt. Der Beitrag verortet sich damit an einer zentralen Schnittstelle des öffentlichen Rechts: Er geht von einer kommunalrechtlichen Fragestellung aus, beleuchtet diese jedoch auch in ihren verwaltungs- und verwaltungsprozessrechtlichen Bezügen.

Oliver Habne

Verschiebung von Organzuständigkeiten in niedersächsischen Kommunen 57

Kommunale Gebietskörperschaften handeln als juristische Personen des öffentlichen Rechts durch ihre Organe. Dies sind in Niedersachsen Bürgermeister bzw. Landrat, Gemeinderat bzw. Kreistag sowie der Hauptausschuss als aus Verwaltungsspitze und Mitgliedern der Volksvertretung bestehendes „Zwischenorgan“. Ihre Zuständigkeiten sind im Kommunalverfassungsgesetz dezidiert geregelt.

Allerdings lässt der Gesetzgeber in Teilen Zuständigkeitsverschiebungen zu. Dieser Beitrag zeigt die Möglichkeiten der Verschiebung von Zuständigkeiten zwischen den kommunalen Organen unter besonderer Berücksichtigung und Würdigung der obergerichtlichen Rechtsprechung zu Vorbehaltsbeschlüssen nach § 58 Abs. 3 Satz 1 NKomVG auf.

Fallbearbeitungen

Jan Seybold

Guter Rat ist teuer – gutes Rathaus auch – Ratsbeschluss und konkurrierender (Rats-)Bürgerentscheid 61

Bei dieser Fallbearbeitung aus dem niedersächsischen Kommunalrecht sind zwei Beschlüsse der kommunalen Vertretung zu prüfen. Einer der Beschlüsse hat einen durch die kommunale Vertretung initiierten Bürgerentscheid zum Abstimmungsgegenstand. Außerdem geht es um den Ankauf eines Grundstücks durch die Stadt.

Ralf Schmorleiz

Eine Sitzung des Hellenbacher Gemeinderates 66

Gegenstand dieser Fallbearbeitung aus dem rheinland-pfälzischen Kommunalrecht sind u. a. Fragen zur Einberufung einer Ratssitzung, die mögliche Beanstandung einer Satzungsänderung, Anforderungen an Mehrheiten sowie die Möglichkeit, eine Gemeinderatssitzung durch eine Videokonferenz abzuhalten.

Oliver Junk/Matthias Wiener/Gedeon Winzer

Der Ratsvorsitzende kommt ins Schwimmen 71

Bei dieser Klausur aus dem Kommunalrecht Sachsen-Anhalt geht es u. a. um die Themen Verbands- und Organkompetenz, Beschlussfähigkeit, Mitwirkungsverbote, geheime Abstimmung sowie Mehrheiten. Außerdem geht es um den Umgang mit einer öffentlichen Einrichtung.

Kurzinformationen und Splitter

Splitter – Einsatz von KI in der Verwaltung (I) 51

Splitter – Einsatz von KI in der Verwaltung (II) 60

Rechtsprechung

Beendigung der Mitgliedschaft einer Gemeinde in einem Zweckverband (OVG Bautzen, Urteil vom 13.8.2025 – 4 A 241/23) 76

Zur Auslegung des Begriffs „Einstimmigkeit“ bei Abstimmungen (OVG Lüneburg, Urteil vom 11.10.2023 – 10 LC 117/22) 79

Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts nach §§ 24 ff. BauGB (OVG Magdeburg, Beschluss vom 17.3.2025 – 2 L 24/42) 80

Verwaltungsrechtsweg bei Erstattungsanspruch für die Benutzung eines kommunalen Großmarkts (OVG Münster, Beschluss vom 20.6.2025 – 9 E 298/24) 85

Die Schriftleitung

Besuchen Sie uns auch im Internet

E-Paper | Fallbearbeitung | Shop und jetzt neu: die DVP Gesetzes-App.

//www.mydvp.de